

A Norddeutsche Arbeiterstimme

Nummer 3

März 1954

5 Pfennig

Die Bremer Schaffermahlzeit

Gemäß einer Tradition von über 400 Jahren versammelten sich in Bremen in diesem Jahre zum dritten Mal in der Nachkriegszeit die „Schaffer“ zu der sogenannten Schaffermahlzeit, die am 12. Februar im Bremer Rathaus stattfand.

Dieser Brauch hat sich aus einer Stiftung entwickelt, die für die privilegierten Veteranen der Seefahrt geschaffen wurde. Unter dem Motto „Seefahrt tut not“ war neben den „Schaffern“ ein erheblicher Teil „schaffender“ Gäste auch aus der Bundesrepublik geladen worden. Unter ihnen prunkten folgende Namen: A. Krupp von Bohlen und Halbach, Dr. h. c. Pferdmeyses, Dr. H. von Siemens, Adenauer, Prof. Dr. Hallstein. Außerdem war eine stattliche Anzahl von Generaldirektoren, Ministerialbeamten und Industriellen aller Schattierungen vertreten, alles in allem eine millionenschwere Gesellschaft. Hausherr war der sozialdemokratische Präsident des Bremer Senats, Kaisen. Den Schaffenden und Erwerbslosen der Bundesrepublik dürfen wir die Speisenfolge der Raffermahlzeit nicht vorenthalten:

Speisenfolge

Bremer Hühnersuppe
Stockfisch
Zerlassene Butter, Salzkartoffeln
Braunkohl, Pinkel, Rauchfleisch
Maronen, Bratkartoffeln
Kalbsbraten, Selleriesalat
Katharinenpflaumen
halbe gedämpfte Äpfel
Rigaer Butt, Sardellen, Wurst, Zunge
Chester- und Rahmkäse
Fruchtkorb
Kaffee

Weine

1839er Château Rauzan-Gassies
2. Hochgewächs, Margaux
Firma J. H. Bachmann, Bremen
1952er Josephshöfer
Originalabfüllung
Reichsgraf von Kesselstatt, Trier
Bremer Ratskeller
1952er Deidesheimer Herrgottsacker
Riesling Spätlese
Originalabfüllung J. L. Wolf Erben
Firma J. H. Bachmann, Bremen
Tafelmusik: Kapellmeister Bock

aufgefordert, in der Bremer Sporthalle auch einige Worte an die verhinderten Schaffenden zu richten. Der sozialdemokratische Polizeisenator Ehlers kam seinen durch die Regierungsbeteiligung übernommenen Verpflichtungen gegenüber Land und Bund nach, indem er kurzerhand diese Veranstaltung verbot.

Auf den Schaffermahlzeiten ist es üblich, daß das versammelte Bremer Unternehmertum seine Sorgen um den Profit durch die Schaffer zum Ausdruck bringt. Die diesjährigen Reden waren insbesondere an die Adresse von Adenauer gerichtet, damit der Bund den bremischen Kaufleuten, Reedern und Industriellen zu einem starken Eigenkapital verhilft.

Der erste „Schaffer“ führte aus, daß die ausländischen Konkurrenten in Handel, Industrie und Schifffahrt ihre Kriegsverluste ersetzt bekommen hätten. SPD-Bürgermeister Kaisen stellte heraus, daß dem Ueberseehandel Förderung zuteil werden müsse, da dessen Verluste im Ausland als Folge des Krieges auf 15 bis 20 Milliarden DM zu veranschlagen seien. Der Tenor lag demnach auf der Linie, Wiedergutmachungsansprüche an den Bund auf Kosten der werktätigen Steuerzahler zu stellen.

Adenauer sicherte eine Förderung der Seeschifffahrt zu, ohne aber ein festes Versprechen zu geben. Der sozialdemokratische Chefredakteur des bürgerlichen „Weserkurier“, Hans Hackmack, hielt in einem Kommentar hierzu für wesentlich, daß die Fühlungnahme zwischen Adenauer und Kaisen „menschlich“ noch verstärkt worden sei. Nach seiner Meinung „mögen die beiden sich“.

An Eigentonnage besteht zwar in der Bundesrepublik ein erheblicher Nachholbedarf. Bekannt ist jedoch, daß ein starker Auftragsrückgang im amerikanischen und englischen Schiffbau zu verzeichnen ist. Den Kapitalisten der Bundesrepublik scheint daher auf weite Sicht gesehen eine Investierung im deutschen Schiffbau ein zu großes Risiko zu bedeuten. Wir verstehen somit auch, was Kaisen meinte, als er vor den Delegierten des Bremer Ortsausschusses des DGB am 24. Februar darauf hinwies, daß in gewissen Fällen der Staat gezwungen sei, zu investieren, weil sich kein anderer finde. Die Steuerelder der Proleten müssen dazu herhalten, in diesem konkreten Fall das bremische Industrie- und Handelskapital zu sanieren. Die einzig heikle Frage für Adenauer ist, wie er dies, ohne aufzufallen, bewerkstelligen kann.

Es ist ein Trugschluß, anzunehmen, daß die vom Staat für Investitionen dieser Art zur Verfügung gestellten Gelder der Aufrüstung entzogen werden. Die dafür vom Kapitalismus geforderten Ausgaben gehen entweder zu Lasten sozialer Leistungen oder den Arbeitern werden neue Steuern auferlegt.

Die einzige Möglichkeit im Augenblick, den Westarbeitern eine Zeitlang den Arbeitsplatz zu sichern, liegt in

Die Ende Januar 1954 20638 zählenden Arbeitslosen des Landes Bremen hatten durch ihren Ausschuß Adenauer

den Bemühungen um sowjetrussische Schiffbauaufträge. Einige kapitalistische europäische Staaten haben bereits solche Aufträge erhalten. Dies ist allerdings kein grundsätzlicher Ausweg. Der Kapitalismus kann eine Vollbeschäftigung nicht garantieren, da in ihm nicht nach den wirklichen Bedürfnissen produziert wird. Der einzige Ausweg liegt in der Uebernahme sämtlicher Produktionsmittel durch die Arbeiter und in einer sozialistischen Planwirtschaft.

Sozialdemokratisch garantierte Dividende

Hauptaktionär der Bremer Straßenbahn AG ist die Stadtgemeinde Bremen. In der ordentlichen Hauptversammlung im Januar dieses Jahres hat die Stadtgemeinde Bremen die Verpflichtung übernommen, den Privataktionären 5 Prozent Dividende jährlich zu garantieren, erstmalig für das Geschäftsjahr 1953. Der Vertrag gilt bis Ende 1957 und verlängert sich im Falle der Nichtauflösung durch einen Vertragspartner jeweils um weitere fünf Jahre.

Dem Aufsichtsrat gehören für die Stadtgemeinde Bremen u. a. an: SPD-Senator Theil, SPD-Senator Wolters, SPD-Bürgerschaftspräsident Hagedorn und der 1. Vorsitzende des Bremer Ortsausschusses vom DGB, Boljahn, SPD.

Für die Werktätigen Bremens sind Straßenbahnen und Vorortverkehrsomnibusse unerläßliche Beförderungsmittel.

Hamburg

Wie es bei uns im Betrieb aussieht . . .

Aus dem Betrieb einer Hamburger Versicherungsgesellschaft wird uns geschrieben:

In den letzten Jahren ist die Zahl der Angestellten im Betrieb stark angewachsen. Um die Konjunktur oder die jeweiligen Saisonschäfte auszunutzen, wurde mancher Kollege eingestellt, für den kein passender Arbeitsplatz vorhanden war. Um nun die „hohen“ Kosten und den Abgang der alten Kollegen aufzufangen, werden die Arbeitsplätze überprüft und manches wird radikal geändert.

Es werden in den wenigsten Fällen Büromaschinen angeschafft, sondern man verteilt die Arbeit auf die übrigen Angestellten, das heißt, daß diese Mehrarbeit zu leisten haben. So werden z. B. Aufgaben an die Hollerith-Abteilung, die sonst von einer Karte nochmals auf einen Bogen aufgetragen wurden, jetzt nur noch durch die Karte aufgegeben. Es ist jetzt aber erforderlich, daß die Hollerith-Karte zweimal gelocht wird. Hier ist also eine Arbeitsverschiebung, die auf Kosten der Locherin geht, vorgenommen worden.

Wie reagieren die Angestellten auf diese „Einsparungen“, wenn es heißt, das Abteilungspersonal um ein Viertel oder um die Hälfte zu vermindern? Wie denkt der heutige Angestellte? Ist er sich seiner Lage bewußt? Nein! Er hat seine Arroganz und Überheblichkeit gegenüber dem Arbeiter zum größten Teil noch behalten. Ausnahmen bestätigen die Regel. Sie wählen lieber CDU und FDP als Sozialdemokraten. Denn sie sind doch keine Arbeiter, sondern Angestellte, tragen einen Schlips und einen weißen Kragen.

Es geht in ihren Schädel nicht hinein, daß sie nichts von ihren Kollegen an der Werkbank unterscheidet, es sei denn, daß die Letzteren produktive Arbeit leisten. Die Arroganz wird schlimmer, wenn es sich um reine Bürobetriebe handelt, wo die Angestellten keinen Kontakt zu Arbeitern haben.

Da sie kleinbürgerlich denken, haben sie auch kleinbürgerliche Wünsche, die sie erfüllen haben wollen. Da sie nie nicht mit ihrem Gehalt erfüllen können, das im Durchschnitt 300 bis 400 DM ausmacht, sich nie eine Wohnung, Möbel und Kleidung anschaffen können, nehmen sie Kredite und Darlehen von ihrem Betrieb bzw. von Kreditanstalten auf. Sie binden sich dadurch auf 2 bis 3 Jahre, 30 bis 40 DM monatlich abzuzahlen. Rechnet man die Miete von 50 bis 100 DM und die laufenden Unkosten (z. B. Gas, Licht, Fahrgehalt und Bohnenkaffee) hinzu, so ist die Hälfte des Gehaltes bereits am 1. jeden Monats verbraucht.

Ja es gibt Kollegen, die hungern, um in einem „Auto“ ins Geschäft fahren zu können! Von den jüngeren Kolle-

gen mit ihren Motorrädern ganz zu schweigen. Bei den Mädchen sind es die Blusen, Röcke und im Augenblick der Pelzmantel, die ihnen im Kopfe stecken.

Einige Großraumwagen sind in Dienst gestellt worden, wodurch ein Schaffner jeweils eingespart wurde. In diesen Wagen werden zwar mehr Fahrgäste befördert, aber dafür ist die Beputzung wegen der geringeren Anzahl der Sitzplätze unbequemer geworden. In den Omnibussen des Bremer Vorortverkehrs fällt außerhalb der Hauptverkehrszeit der Schaffner aus. Der Fahrer muß also vor der Abfahrt abkassieren, so daß erhebliche Verspätungen in der Abfahrt eintreten.

Abgesehen von den wenigen Großraumwagen, glaubten sich während der Kälteperiode Fahrpersonal und Fahrgäste wieder in der Zeit vor der Währungsreform zu befinden. Die Triebwagen der Straßenbahn wurden durch Bremsheizung gespeist, in den Anhängern und Omnibussen waren nur schwache Notheizungen eingebaut.

Die Privataktionäre mußten doch ihre Dividende haben! Die bürgerlichen Tageszeitungen Bremens brachten hierüber nur eine Notiz in ihrem Handelsteil. Die genannten, im Aufsichtsrat vertretenen Funktionäre der SPD haben es vorgezogen, sich in dieser Frage in schamhaftes Stillschweigen zu hüllen. Dies wäre auch ein Diskussionsbeitrag für die Mitglieder der SPD und somit auch eine Erklärung dafür, warum man von oben die rote Fahne so wenig wie möglich zeigen will.

gen mit ihren Motorrädern ganz zu schweigen. Bei den Mädchen sind es die Blusen, Röcke und im Augenblick der Pelzmantel, die ihnen im Kopfe stecken.

Eine Modistin kassiert regelmäßig am letzten des Monats, von 5 Kolleginnen sind immer 3 bis 4 dabei, ihre Raten ein, während ein Kollege für ein Schuhgeschäft die Raten einsammelt. Es gibt aber auch Kollegen, die während der Geschäftszeit Seifen, Süßigkeiten und Tabakwaren verkaufen. Damit verschaffen sie sich kleine Nebenverdienste auf Kosten ihrer Kollegen. Die Kollegen sind mit der Erfüllung ihrer kleinbürgerlichen Wünsche voll beschäftigt. Hier platzt nun die Rationalisierung herein.

Es tritt eine Schockwirkung ein, wie bei einem Kaninchen, das von einer Schlange hypnotisiert wird.

Daß die Direktion auf diese Angestellten nicht immer Rücksicht nehmen braucht, liegt auf der Hand. Nicht nur daß sich einzelne Kollegen untereinander beföhden, das geht durch ganze Abteilungen. Seit Jahren wird um bessere Beleuchtung des Arbeitsplatzes gerungen. Vier Besichtigungen von Direktoren wurden durchgeführt, um ihnen die Mängel zu zeigen. Es wurde von Änderungen gesprochen. Aber die Lichtverhältnisse sind die gleichen wie vor zwei Jahren. Ähnlich ist es mit der Überbelegung der Räume.

Durch geschicktes Lancieren von alten Freunden (ehemalige Nazis und Offiziere) des Uternehmers und von Spitzeln im Betrieb, versucht man jeden kleinen und kleinsten Widerspruch zu ersticken. Es tritt sofort eine Unterbrechung der Gespräche ein, wenn einer von diesen „Kollegen“ hinzukommt und die Gespräche sich um die betriebliche Atmosphäre drehen.

Vorschläge von Seiten des Betriebsrates, wie Zuschüsse für Pensionäre und ein warmes Mittagessen, wurden kategorisch abgelehnt. Nur zu Weihnachten zeigte man sich christlich, indem die Direktoren für eine Feier für die Pensionäre einen „persönlichen Beitrag“ stifteten. Über die geplante einschneidende Rationalisierung hat man den Betriebsrat bis jetzt noch nicht verständigt, obwohl die Verarbeiten bereits im Gange sind. Er wird vor vollendete Tatsachen gestellt.

Friß oder? Und er wird fressen müssen! Denn die alten Kollegen rechnen: „Ich bin noch 5 oder 7 Jahre oder noch weniger lang hier, bleibe also ruhig.“ Die anderen müssen schweigen, weil sie bei der Direktion verschuldet sind. Wieder andere sagen, es wird wohl nicht so schlimm werden und hoffen, daß man sie verschonen wird. Jeder hofft, jeder harrt . . . Kein Widerstand oder wenigstens Widerspruch ist zu verspüren. Wie soll das bei noch größeren Angriffen von seiten der Direktion werden?

Betriebsratshandel oder Betriebsratsarbeit?

In der ARPO Nr. 24, 6. Jahrgang, brachten wir den Artikel „Die alten Räte und der junge Kollege“, eine Schilderung, ein Alltagsbild aus den Betrieben. In diesem Artikel haben wir bewußt nähere Namensnennungen unterlassen.

Erstens, um den Betroffenen nicht als Märtyrer herauszustellen und zweitens, damit uns nicht unterstellt werden kann, wir wollten Gewerkschaftsfunktionäre diffamieren. Wir waren uns von vornherein darüber im klaren, daß der Artikel bei denen, die er anging und die sich betroffen fühlen mußten, nicht ohne Wirkung bleiben konnte. Da dem so war, bringen wir einige Ergänzungen.

Der Artikel war Gegenstand einer eingehenden Besprechung im Ortsvorstand der SPD. Was lag wohl näher und was war wohl leichter, als den jungen Kollegen, welcher auch Vorstandsmitglied ist, zu bezichtigen, er habe den Artikel „Die alten Räte und der junge Kollege“ in die ARPO gebracht? Wie so oft, spricht man hier eine Beschuldigung aus, ohne auch nur den geringsten Beweis dafür zu haben. Zur Beruhigung der Sichschuldigfühler können wir ihnen versichern, daß der junge Kollege zu dem Artikel nichts beigetragen hat, außer, daß er der Leidtragende war. Wir hatten garricht die Absicht, für ihn persönlich eine Lanze zu brechen; er ist zu sehr mit seiner Organisation verfilzt. Uns ging es darum, ein Bild von der Arbeit eines heutigen Betriebsrates zu zeichnen.

Inzwischen hat der 2. Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, der im Schwesterwerk 1. Betriebsratsvorsitzender ist, die Scharke seines Parteifreundes R. ausgewetzt. Das ist nicht der erste Fall, in dem sich der 2. Vorsitzende für die Genossen einsetzte, die ihre Arbeit verloren, weil sie der 1. Vorsitzende fallengelassen hat.

In diesem Zusammenhang ist ebenfalls erwähnenswert, wie hold man jungen Betriebsratskollegen gesonnen ist. Für den ausgeschiedenen Kollegen B. hat man den jungen Kollegen P. in den Betriebsrat nachgezogen, der gleichfalls ein Parteigenosse des 1. Betriebsratsvorsitzenden ist. Dieser junge Kollege steht schon heute in der Betriebsratsarbeit auf dem toten Gleis. Der junge Kollege P. ist in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sehr aktiv und Betriebsratsmitglied, aber zu den praktischen Betriebsratsarbeiten wie im Krankenkassenausschuß, in der Akkordkommission etc. hat man ihn genau so wenig hinzugezogen wie seinen Vorgänger.

Warum? Angeblich hat die Direktion des Werkes es abgelehnt, mit einem Ausschuß zu verhandeln, dem der junge Kollege P. angehört. Wie man den jungen Kollegen B. hat fallen lassen, so kapitulierte der Betriebsrat auch im Fall P. Warum kapituliert der Betriebsratsvorsitzende bei dem geringsten Widerstand der Direktion? In den Vertrauensmännerversammlungen, in den Gewerkschaftsversammlungen und in den Parteiversammlungen stellt sich dieser 1. Vorsitzende hin und führt Klagen darüber, daß sich die Jugend zur Mitarbeit nicht bereitfinde. Stellen sich junge Kollegen in der Gewerkschaftsarbeit zur Verfügung, so werden sie von diesen Leuten abgeschoben oder fallengelassen.

Befürchtet der Betriebsratsvorsitzende etwa, daß die Direktion es nicht mehr zuläßt, daß er weiterhin die aus der Vorwährungszeit übernommene Tätigkeit als Grünhändler betreibt? Der Verkauf von Damenwäsche, Schuhen und Berufskleidung darf nicht die Hauptarbeit eines Betriebsratsvorsitzenden werden, möge das noch so ertragreich sein. Handelt es sich um einen Betriebsrat oder um ein Abzahlungsgeschäft? Nicht der Betriebsratshandel, sondern die Betriebsratsarbeit ist das oberste Gebot eines Betriebsfunktionärs. Sollte den Betriebsratshändlern nicht ganz klar sein, was Betriebsratsarbeit ist, so ist ihnen reichlich Gelegenheit geboten, an den Schulungskursen der Gewerkschaft teilzunehmen, Abgabenebenfalls sind wir auch bereit, Nachhilfeunterricht zu erteilen. Oder will man nach der Devise: „Einen Finnfarnagel lang' Geschäft ist erträglicher als einen Arm lang' Arbeit“ Betriebsratsarbeit leisten?

Wir überzeugten Gewerkschafter und besonders unsere jungen Kollegen werden die Betriebsratsarbeit der Herd- und Ofenfabrik im Balcke der Ironman Hildesheim weiter- und genauestens überwachen. Jedoch den Gewerkschaftskollegen rufen wir zu, kümmert euch mehr um die innerbetrieblichen Belange der Belegschaft und duldet nicht, daß ihr statt eines regelmäßigen Tätigkeitsberichtes über die geleistete Betriebsratsarbeit mit Geselligkeitsabenden und Nicolausteilen abgespeist werden. Die Betriebsratsarbeit ist immer das, was ihr daraus macht!

Neuer Manteltarif bei der Hamburger Hochbahn

Mit der Ausarbeitung unseres neuen Manteltarifes haben es diesmal unsere Gewerkschaftsbürokraten sehr eilig gehabt. Angeblich wollten sie dem Bundesmanteltarif zuvorkommen. Er trat bereits ab 1. Januar 1954 in Kraft, obwohl er den Kollegen erst mehrere Wochen später ausgehändigt wurde.

Die Verhandlungen fanden hinter verschlossenen Türen statt und wer sich den neuen Manteltarif durchliest, kann sich auch denken, warum Kollege Nicolaisen und Heinemann es für besser hielten, den Gewerkschaftsmitgliedern nichts vorher zu sagen: Er enthält nämlich eine Reihe erhebliche Verschlechterungen gegenüber unserem alten Manteltarif. Einige wollen wir hier anführen.

Der Krankengeldzuschuß wurde verschlechtert. Früher bekamen wir nach drei Tagen Krankheit 80 % des Lohnes, jetzt gibt es bis zum 9. Tage 50 %, ab 10. Tag 85 %. Unsere Gewerkschaftsbürokraten fühlen sich verpflichtet diejenigen Kollegen zu „fassen, die krank spielen“. Aber damit nicht genug:

„Am 24. und 31. 12. endet die Arbeitszeit spätestens um 14 Uhr. Dabei ausfallende Arbeitszeit gilt als geleistet, ohne daß Vor- oder Nacharbeit stattfindet.“

So heißt es im neuen Tarif, im alten hieß es:

„An Tagen vor Weihnachten und Neujahr ist die Arbeitszeit ohne Lohnausfall um zwei Stunden zu kürzen.“

Noch ein Passus scheint uns der Aufmerksamkeit der Kollegen der HHA wert zu sein:

„Ohne daß es einer Änderungskündigung bedarf, kann der Arbeitnehmer durch schriftliche Mitteilung in die Tätigkeit einer niedrigeren Tarifgruppe eingewiesen werden.“

Wir haben in den letzten Jahren zahlreiche Fälle erlebt, in denen diese Praxis verwirklicht wurde. Jetzt ist sie im Manteltarif verankert. Im alten Manteltarif hieß es noch:

„Kann ein Arbeitnehmer ohne sein Verschulden aus Gründen, die in seiner Person liegen, an seinem bisherigen Arbeitsplatz nicht weiterbeschäftigt werden, so soll er bei Fortsetzung des Dienstverhältnisses nach Möglichkeit an einem anderen Arbeitsplatz seiner bisherigen Lohngruppe Verwendung finden.“

Praktisch wird der HHA-Kollege jetzt völlig der Willkür der Direktion ausgesetzt. In einigen anderen Punkten sind ebenfalls Verschlechterungen eingetreten.

Wie man sieht, haben die Aktionäre und die Direktion bei der Festsetzung des neuen Manteltarifes gut abgeschnitten, unsere Arbeitsbedingungen sind in wesentlichen Punkten verschlechtert worden. Da unsere Gewerkschaftsbeamten es ablehnten, die Kollegen gegen die Verschlechterungen rechtzeitig zu mobilisieren, müssen wir jetzt und in Zukunft alle Verschlechterungen schlucken, bis wir es fertig bringen, unseren Gewerkschaftsangestellten etwas Feuer unter den Hintern zu machen, damit sie begreifen, wessen Interessen sie zu vertreten haben.

Salzgitter

Noch einmal FAMAS

Die kürzlich in der ARPO geschilderte Krise bei der FAMAS zeigt jetzt ihre ersten Auswirkungen. Selbstverständlich war der Arbeiter und Angestellte wieder der Leidtragende. So hat die Direktion 100 Angestellten und über 60 Arbeitern die Kündigung in die Hand gedrückt.

Wer erwartet hatte, daß bei diesen Kündigungen nach rein sachlichen Gründen verfahren wird, hat sich getäuscht. Die Auswahl der zur Kündigung gekommenen Angestellten zeigt, daß die Direktion gewillt ist, sich von allen Angestellten zu trennen, die schon in den schlechten Zeiten vor der Währungsreform ihre Kraft dem Aufbau dieses Werkes zur Verfügung stellten. Heute glaubt man auf diese Kräfte verzichten zu können und andere, vielleicht billigere — oder „willigere“ — Kräfte an ihre Stellen zu setzen.

Man muß zu dieser Vermutung kommen, wenn man sieht, daß alle bewährten Kräfte, ganz gleich, ob vom kaufmännischen oder vom technischen Sektor, von den Entlassungen betroffen werden. Leute, denen man keine Unfähigkeit oder sonstiges nachsagen könnte. Gewiß, Ar-

beitsmangel liegt vor, das steht fest und ist in der wirtschaftlichen Krise, in der die westliche Welt steckt, begründet.

Aber die Methoden der Entlassung, wie sie hier angewandt werden, zeigen ganz deutlich, daß man gewillt ist, diesen Betrieb schnellstens zu privatisieren. Wozu sonst diese Eile? Hatte man kurz vor Weihnachten angeblich kein Geld, um Weihnachtsgroßzahlungen zahlen zu können, so kann man jetzt diese, zur Entlassung kommenden Angestellten sofort in die Wüste schicken, auf ihre weitere Mitarbeit verzichten und ihnen das zustehende Gehalt für die ganze Kündigungszeit mit auf den Weg geben. Da ein sehr großer Teil 6 Monate Kündigungszeit hat, ist dabei eine ganz nette Summe zusammengekommen, die auf einmal vorhanden ist.

Was sagt der Betriebsrat und was sagt die Bundesregierung zu diesem Vorhaben? Hier sollen Bundesmittel, die doch reichlich investiert worden sind, vergeudet werden. Ob Herr Bundestagsabgeordneter Dr. Höck dies nicht sieht? Ob Herr Dr. Höck wohl den Mut hat, die berechtigten Interessen der alten ehemaligen Stahlwerker und FAMAS-Leute gegenüber den LHB- und Lauchhammer-Machthabern zu vertreten? Der größte Teil der Belegschaft erwartet dieses, Herr Dr. Höck! Diese Erwartungen können jedoch niemals erfüllt werden, da ja Dr. Höck Vertreter der kapitalistischen Interessen (Erhardt's „soziale Marktwirtschaft“) ist. Die Belegschaft darf und kann nicht von einem bürgerlichen Vertreter das erwarten, was nur ihre eigene Aufgabe sein kann.

Die im Betrieb vorherrschende Arbeitsmoral dürfte doch auch wohl oben hinreichend bekannt sein. Man kann sie doch nicht heben, indem man die Stempeluhren durch Meister und sonstige Vorgesetzte überwachen läßt, ob auch ein Jeder in der Arbeitskluft seine Karte stempelt. Dabei hat man hier im Werk die ungünstigsten Voraussetzungen für den Arbeitsschluß. Bis zu 20 Minuten Wegstrecke sind innerhalb des Werkes zurückzulegen, um erst am Tor zu sein und mit dem Fahrzeug die Heimreise anzutreten. Fröhlich sieht man viele im Laufschrift daherkommen, um rechtzeitig umgezogen zu sein und stempeln zu können, damit nicht eine Viertelstunde vom Tagelohn abgezogen wird.

Und das alles im sogenannten Land der Freiheit. Allgemein hat man sich ja von Wirtschaftsdemokratie etwas anderes vorgestellt. Was hier im Werk vor sich geht, kann zur Nazizeit nicht viel schlimmer gewesen sein. Man hört immer soviel von den Zuständen in der Ostzone, hier redet man vom KZ FAMAS. Alle Führungskräfte, soweit sie neu eingesetzt werden, sind meist von drüben gekommen. Nicht umsonst heißt es hier: „Bist Du aus dem Osten, bekommst Du einen schönen Posten“. Nicht immer zeigen diese neuen Führungskräfte besondere Fähigkeiten, aber dafür andere Methoden in der Behandlung der ihnen unterstellten Belegschaft.

Zum Kapitel Betriebsrat wäre auch noch manches zu sagen. Jetzt soll wieder ein Betriebsratsmitglied zum Meister befördert werden, dabei hat er sich bei der letzten Wahl unter der Parole, „frischen Wind“ in den Betriebsrat bringen zu wollen, aufstellen lassen. Aber von diesem frischen Wind ist kaum noch ein kleines, lindes Säuseln übrig geblieben. Die FAMAS-Belegschaft wird hoffentlich aus all diesen Vorgängen lernen und zu gegebener Zeit tun, was sie zu tun hat, um die letzten noch bestehenden Errungenschaften zu verteidigen. Ein gutes gewerkschaftliches Organisationsverhältnis ist freilich unerlässlich, um sich auf die Dauer mit Erfolg zu verteidigen.

Niedersachsen

Konsumgenossenschaft leidet kein Vorbild!

Die Angestellten des Einzel- und Großhandels haben seit längerer Zeit den freien Samstag-Nachmittag zur Forderung erhoben. Der DGB sowie die DAG unterstützen stets diese Forderung. Die Konsumgenossenschaft GEG müßte die Forderung der Angestellten als eine Selbstverständlichkeit längst übernommen haben. Leider ist dem nicht so! Soll es doch im Hauptvorstand der GEG Geister geben, die sich gegen den freien Samstag-Nachmittag ausgesprochen haben.

Mehrere Bezirksgruppen-Ausschüsse innerhalb des DGB haben Resolutionen verfaßt und beim Hauptvorstand eingebracht, worin die Forderung zum Ausdruck gebracht wird, daß die GEG den Forderungen der Angestellten besseres Verständnis entgegen bringen müßte als bisher.

An und für sich ein trauriges Kapitel, daß die GEG dazu erst aufgefordert werden muß, den Fragen und Belangen der Angestellten besseres Verständnis entgegenzubringen. Es wäre wirklich nicht zuviel verlangt, daß gerade die GEG hier mit bestem Beispiel voranging. Es wäre auch für den DGB ein Trumpf, der so dem gesamten Einzel- und Großhandel beweisen würde, daß die Forderung der Angestellten berechtigt ist und daß das Geschäftsleben auch weitergeht, wenn für die Angestellten im Einzel- und Großhandel am Samstag um 14.00 Uhr spätestens Schluß ist.

Haben sich GEG und DGB denn so entfremdet? Hat die GEG das Gesicht der Gewerkschaft nicht mehr zu wahren? Für die GEG gibt es scheinbar noch mehr böhmische Dörfer!

Kennt man bei der GEG ein Jugendschutzgesetz? Scheinbar nicht, sonst wäre es bei verschiedenen Vertriebsstellen nicht üblich, daß die Lehrlinge bis 20.00 Uhr, manchmal noch später, beschäftigt werden. Auch Samstags! Der Gewerkschafter wird sagen: Kaum zu glauben! Doch, doch es stimmt! Man wird fragen, warum schreiten da nicht die Eltern ein? Schnell beantwortet. Bei dem zur Zeit bestehenden Lehrstellenmangel? Es kommt im Leben oft vor, daß man An- und Verordnungen für andere erläßt und selber nicht daran denkt, darnach zu verfahren.

Sollte das Jugendschutzgesetz bei der GEG noch unbekannt sein, so wäre zu empfehlen, sich das Gesetz bei der nächsten Geschäftsstelle des DGB mal auszuleihen. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß der GEG für Anschaffung von Gesetzestexten keine Mittel zur Verfügung stehen. Hat man sich davon überzeugt, daß es tatsächlich ein Jugendschutzgesetz gibt, so wäre es angebracht, den Vertriebsstellen und Lägern Anweisung zu erteilen, daß auch für die GEG das Jugendschutzgesetz Gültigkeit hat und zu achten ist.

Hamburg

Wozu öffentliche Gelder gut sind

In Hamburg wurde der 61jährige Direktor H. Bobsien der Handels- und Verkehrsbank zu 6 Jahren Gefängnis, 200 DM Geldstrafe und 4 Jahren Ehrverlust verurteilt. Was hatte der Mann verbrochen? Er wollte ins große Geschäft einsteigen.

Bobsien hatte versucht, die frühere kleine Schlachterbank zu einer großen Industrie- und Filmbank auszubauen. Man brauchte sich um diesen Mann nicht kümmern, wenn nicht durch den Konkurs 5 Millionen DM öffentlicher Gelder verloren gegangen wären. Der Totalverlust beläuft sich auf 13,3 Millionen DM. Um ins Geschäft zu kommen, mußte er innerhalb des Betriebes den Diktator spielen und außerhalb suchte er sich einflußreiche Freunde und freie Mitarbeiter. Diese sollten für sein Institut „Schlepperdienste“ leisten.

Der Aufsichtsrat, der noch in den alten Vorstellungen von der ehrbaren Handwerkerbank schwebte, konnte dem neuen Geschäftsgebaren des Direktors nicht folgen und gab es schließlich auf, ihn ernstlich zu zügeln. Gegenüber seinen Freunden war Bobsien nicht kleinlich. Die Provisionen, Honorare und ausgedehnten Gastmahle in berühmten Lokalen gingen in die Tausende. Hier kam er mit der Ausrede, daß solche Ausgaben im Bankwesen üblich seien. Das mag ja heiter bei diesen Leuten zugehen! Vor allem brachte ihm die Freundschaft des leitenden Direktors von der Hamburger Landesbank Millionen-einlagen für seine Bank.

Hat denn das Finanzamt von diesen Manipulationen nichts gemerkt? Bobsien hatte es verstanden, die vorgeetzten Stellen mit Unrichtigkeiten und Verschleierungen, Kontenverschleierungen und Steuerunehrlichkeiten zu täuschen. Wozu gibt es eine „doppelte“ Buchführung?

Nun, da sein Spiel aus ist, verurteilt man ihn, wirft ihn ins Gefängnis und heißt ihn einen Lumpen. Daß er nicht ins Zuchthaus kam, ist lediglich der Tatsache zuzuschreiben, daß er offenbar für sich selber keine Gelder beiseite schaffte. Wäre ihm der Sprung in den höheren Handel gelungen, würde ihm die bürgerliche Gesellschaft ehren.

Was passiert aber den leitenden Direktoren und Angestellten, die nur auf Grund freundschaftlicher Beziehungen öffentliche Gelder an Leute abgeben und keine Sicherheiten verlangen?